

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Universität zu Köln

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Walther Busse von Colbe, Ruhr-Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Werner Klein, Universität zu Köln

Geschäftsstelle: Albertus-Magnus-Platz, D-5000 Köln 41, Tel. (02 21) 4 70 - 26 03 oder 44 10

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Vor fünfzig Jahren: Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik

Von Ernst Helmstädter

Am 19. Dezember 1936 hat die Mitgliederversammlung des Vereins für Socialpolitik die Selbstauflösung beschlossen, um dem massiven Druck zu entgehen, den Verein in eine unter nationalsozialistischer Führung stehende wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft, umzuwandeln. Insbesondere der damalige Vorsitzende, Professor Constantin von Dietze, Berlin (ab 1937: Freiburg), der 1937 zum ersten Mal verhaftet wurde, aber auch die übrigen 22 Mitglieder, die diesen Beschluß bereits auf der Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 gefaßt hatten, haben damit großen persönlichen Mut um der Unabhängigkeit wissenschaftlicher Arbeit willen bewiesen. Es dürfte wenig Beispiele für eine solche Haltung einer wissenschaftlichen Vereinigung gegenüber der etablierten Nazimacht geben.

In den vorausgegangenen monatelangen Verhandlungen mit den maßgeblichen Stellen hatte der Vereinsvorstand versucht, eine „völlige Unabhängigkeit ... von der Partei und der Staatsregierung“, wie sie der Deutschen Akademie in München 1933 zugestanden worden war, zu erreichen. Dies schien zunächst noch möglich. Der Vorstand hielt eine solche Unabhängigkeit zur Erfüllung des mit seiner Wahl im Jahre 1935 übernommenen Auftrages für unabdingbar. „Sie sei für das Wirken des Vereins angesichts seiner ausländischen, namentlich österreichischen und schweizerischen Mitglieder unentbehrlich“, heißt es im Protokoll zur Mitgliederversammlung am 25. April 1936 in Berlin.

Fünf Tage vor dieser Sitzung schrieb jedoch der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung dem Vorstand, der Verein könne „auch im heutigen Deutschland eine für die Belange der Allgemeinheit förderliche Tätigkeit entfalten“, es müßten jedoch bestimmte Vorkehrungen in der Satzung getroffen werden. Was darunter zu verstehen war, teilte der „Gauwirtschaftsberater der NSDAP, Gauleitung Groß-Berlin“ in seinem Schreiben vom 21. April 1936 mit: der Verein müsse „zweifelsfrei unter nationalsozialistischer Führung“ stehen. Ein diese Gewähr bietender Namensvorschlag für den Vorsitzenden wird unterbreitet. Ferner heißt es: „Der Vorsitzende ist Vorstand im Sinne des BGB. Er beruft seine Stellvertreter. Er hat bis zum 31. März 1937 außerordentliche Vollmachten und kann alle Maßnahmen zum Wiederaufbau und Ausbau des Vereins treffen.“ Die dem Verein nachdrücklich angesonnenen Maßnahmen enthalten auch folgenden durchsichtigen Vorschlag: „Um zum Ausdruck zu bringen, daß die neue Führung des Vereins den Geist echter Wissenschaft pflegt und pflegen soll, schlage ich den auf dem Gebiet der Sozialpolitik führenden Gelehrten der älteren Generation, Geheimrat von Zwiedineck-Südenhorst als Ehrenvorsitzenden vor.“

Von Zwiedineck-Südenhorst, damals 65 Jahre alt und stellvertretender Vorsitzender, hat selbst jene Erklärung entworfen, mit der der Vorstand dieses Ansinnen abgelehnt hat. Darin wird gesagt, daß die Mitglieder des Vorstandes „nicht weniger als irgendjemand sonst erfüllt (sind, E.H.) von der selbstverständlichen Verpflichtung, unserem Reich nach bestem Gewissen zu dienen.“ Die Arbeit des Vereins sei nur von Männern fortzuführen, die mit den Grundsätzen „dieser Arbeit völlig vertraut sind und hierin allenthalben Vertrauen verdienen.“ Da dem Vorstand nicht von allen maßgebenden Stellen das erforderliche Vertrauen entgegengebracht werde, bestünde keine Möglichkeit, den Verein fortzuführen. Die Mitgliederversammlung vom 25. April 1936 schloß sich, bei einer Enthaltung, dem Auflösungsvorschlag des Vorstands einstimmig an. Allen Beteiligten war klar, „daß auch bei Auflösung des Vereins für jedes Mitglied das innere Gebot bestehe, an den bisherigen Zielen des Vereins weiterzuarbeiten und besonders die Verbindungen über die Reichsgrenzen hinüber zum Nutzen des neuen Reiches zu pflegen.“

Die Selbstauflösung des Vereins konnte allerdings nach der damals geltenden Satzung erst in einer weiteren Mitgliederversammlung, die auf den 19. Dezember 1936 nach Berlin einberufen wurde, vollzogen werden. Ihr war bereits im Vorjahr ein ganz anders orientierter Versuch, den Verein aufzulösen, vorausgegangen. Wäre er zum Zuge gekommen, dann hätte es nach dem zweiten Weltkrieg wohl keine Neugründung geben können.

Werner Sombart, der am 5. Januar 1932 nach dem Rücktritt des Vorsitzenden (Christian Eckert) als dessen Stellvertreter den Vorsitz vorläufig übernommen hatte und auf der Dresdner Tagung am 27. September 1932 zum Vorsitzenden gewählt worden war, hat im Oktober 1933 ein neun Punkte umfassendes Programm zur Neugestaltung des Vereins an die Mitglieder des Hauptausschusses und der Fachausschüsse versandt. Darauf bezog er sich auf der Sitzung des Hauptausschusses am 13. April 1935, von der beschlossen wurde, den Verein aufzulösen. Hierzu wurde die Mitglieder-Versammlung auf Sonntag, den 30. Juni 1935 ins Landwehrkasino nach Berlin einberufen. Ihr lagen der Antrag des Vorstands auf Auflösung und ein Gegenantrag von Max Sering, Constantin von Dietze und Genossen vor, den Verein mit neuen Statuten fortzuführen. Mit 15 gegen 4 Stimmen wurde der Gegenantrag angenommen und zugleich Constantin von Dietze zum Vorsitzenden, Otto von Zwiedineck-Südenhorst zum stellvertretenden Vorsitzenden, W. Prion zum Schatzmeister und Franz Boese zum Schriftführer gewählt.

In der Aussprache zuvor hatte Werner Sombart heftigste Angriffe gegen den Verein, dessen Vorsitzender er war, gerichtet. Die letzte Tagung 1932 in Dresden bezeichnete er als „rein liberalistisch-sozialdemokratische Parteikundgebung“, den Verein selbst verglich er mit einem „alten kranken Mann, der schon lange hätte sterben müssen“ und fuhr fort: „Er ist aber trotzdem am Leben geblieben, und ich habe mich, als ich den Vorsitz übernahm, nach der furchtbaren Katastrophe von Dresden sogar der Mühe unterzogen, einen Reformplan aufzustellen, um eine Art Verjüngungsversuch an diesem alten Herrn zu unternehmen.“ Die Aufgaben des Vereins seien mittlerweile von amtlichen und halbamtlichen Organisationen größtenteils übernommen worden. „Nicht mehr die Diskussion, sondern die Deziehung beherrscht die Lage. Die Bildung des politischen Willens erfolgt grundsätzlich heute auf einem anderen Weg, nicht mehr auf dem Umweg über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, sondern auf dem direkten Weg nach dem Führerprinzip.“ Man möge das verschieden bewerten, er für seine Person sage: „Gott sei Dank, daß es so gekommen ist!“

Wenn Sombart mit seiner Absicht, den Verein unter solchen Gesichtspunkten aufzulösen, auch scheiterte, so ist doch die Selbstauflösung kurze Zeit später, nämlich am 19. Dezember 1936, erfolgt. Aber sie stand unter einem ganz anderen Vorzeichen! Und so ergab sich überhaupt nur die moralische Basis für eine Wiedergründung des Vereins nach dem Zweiten Weltkrieg. „Indem der Verein für Socialpolitik nicht aufgrund der weit über das Ziel hinausschießenden Selbstanklagen, zu deren Sprecher sich *Sombart* gemacht hatte, von der Bühne seines Wirkens abgetreten ist, sondern – dank der besseren Einsicht und der angemessenen Haltung *Max Sering*, *Otto v. Zwiédineck-Südenhorst* und *Constantin von Dietze* – sich nur unter dem Zwang unannehmbarer politischer Zumutungen selbst aufgelöst hat, ist er dem Gesetz, nach dem er angetreten war, bis zuletzt treu geblieben. Ohne dies hätten Basis und innere Berechtigung der Neugründung nach dem Zusammenbruch von 1945 gefehlt“ (Albrecht).

Literatur

Albrecht, Gerhard (1961), Verein für Socialpolitik, Art. im HdSW, Bd. 11, 10 – 16.

Boese, Franz (1939), Geschichte des Vereins für Socialpolitik 1872 – 1932, Berlin. (Siehe dort den Bericht zur Dresdner Tagung, 227 – 238 und die im Anhang wiedergegebenen „Vereinsdrucksachen aus letzter Zeit“, 270 – 295).

Helmstädter, Ernst (1986), Als sich der Verein für Socialpolitik auflöste. Protestakt gegenüber dem Nationalsozialismus, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 1986, 10. (Kürzere Fassung des obigen Beitrags).

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Im Jahre 1985 hielt der Ausschuß in Frankfurt zwei Sitzungen ab. Die 14. Ausschusssitzung fand am 14. und 15. Februar statt und hatte die Problematik der internationalen Verschuldung zum Gegenstand. Seine 15. Sitzung veranstaltete der Ausschuß am 22. und 23. November; vor dem Hintergrund der zehnjährigen Erfahrung mit Geldmengenzielen standen theoretische und empirische Aspekte regelgebundener Geldpolitik im Mittelpunkt dieser Tagung.

Bei der 14. Sitzung konnten als Gastreferenten die Herren Prof. Dr. K. Erich Born (Tübingen), Dr. Wolfgang Rieke (Deutsche Bundesbank) und Henry C. Wallich (Board of Governors, Federal Reserve Board, New York) gewonnen werden. Aus dem Kreis

der Ausschußmitglieder wurden Referate von Herrn Prof. Dr. *Peter Bernholz* (Basel), Prof. Dr. *Emil-Maria Claassen* (Paris), Prof. Dr. *Dieter Duwendag* (Speyer) sowie Prof. Dr. *Jürg Niehans* (Bern) präsentiert; als Korreferenten trugen die Herren Prof. Dr. *Karl Häuser* (Frankfurt) und Prof. Dr. *Vincenz Timmermann* (Hamburg) zur Tagung bei.

Zwischenzeitlich sind die Beiträge der 14. Ausschußsitzung in einem Sammelband unter dem Titel „Die internationale Schuldenkrise – Ursachen – Konsequenzen – Historische Erfahrungen“, herausgegeben von Herrn Prof. Dr. A. *Gutowski* beim Verlag Duncker & Humblot, Berlin, erschienen.

Im Rahmen der 15. Sitzung referierten die Ausschußmitglieder Prof. Dr. *Frisch* (Wien), Prof. Dr. *Issing* (Würzburg), Prof. Dr. *Jarchow* (Göttingen), Prof. Dr. *Neumann* (Bonn), Prof. Dr. *Oberhauser* (Freiburg) sowie Prof. Dr. *Socher* (Innsbruck); als Gäste trugen Prof. Dr. *Gaab* (Essen) mit einem Korreferat und Dr. *von Hagen* (Bonn) als Ko-Autor von Herrn Prof. Dr. *Neumann* zur Tagung bei. Auch die Beiträge dieser Sitzung werden in einem Sammelband, herausgegeben von Herrn Prof. Dr. *Gutowski*, beim Verlag Duncker & Humblot (Berlin) erscheinen. Der Titel des Bandes wird lauten: „Geldpolitische Regelbindung: Theoretische Entwicklungen und empirische Befunde“.

Dr. Franco Reither, Hamburg

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Die 16. Sitzung des Ausschusses fand am 4. und 5. Juli 1986 in Frankfurt im Gebäude der Deutschen Bundesbank statt. Die Tagung stand unter dem Generalthema „Finanzinnovationen“.

Eröffnet wurde die Sitzung mit einem Überblicksreferat von Herrn Prof. *Büschgen* (Köln), in dem charakteristische Strukturen und Tendenzen der Innovationsprozesse an den Finanzmärkten aufgezeigt wurden.

Als Gast kommentierte Herr Dr. *Laske* (Deutsche Bundesbank) die von der BIZ herausgegebene Studie zu den neuen Finanzierungsinstrumenten „Recent Innovations in International Banking“.

Herr Prof. Dr. *Kath* (Duisburg) zeigte in seinem Beitrag die ökonomisch relevanten Entwicklungsmerkmale der Rahmenbedingungen für die Verflechtung der finanziellen Märkte auf, aus denen heraus die Entstehung der aktuell diskutierten neuen Finanzierungsinstrumente in systematischer Weise zu erklären sind.

Die transmissionstheoretischen Implikationen der Finanzinnovationen waren Gegenstand der Beiträge von Herrn Prof. Dr. *Ketterer* (Karlsruhe) und Herrn Prof. Dr. *Francke* (Universität der Bundeswehr, Hamburg), der als Gastreferent gewonnen werden konnte.

Als weitere Gäste konnte der Ausschuß Herrn Dr. *Jürgen Becker* (Deutsche Bundesbank) und Herrn Dr. *Ekkehard Storck* (Deutsche Bank, Luxemburg) als Referenten begrüßen. Herr Dr. *Becker* behandelte in seinem Beitrag aufsichtsrechtliche Aspekte der Finanzinnovationen, während Herr Dr. *Storck* die Probleme der neuen Instrumente aus der Sicht der Geschäftsbanken erörterte.

Die Publikation der Tagungsbeiträge in der Schriftenreihe des Vereins ist vorgesehen.

Dr. Franco Reither, Hamburg

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Auf der Tagung vom 16. bis zum 19. September 1986 in Tutzing behandelte der Ausschuß Fragen der „Theoriebildung und empirischen Forschung im Systemvergleich“. Das Anliegen war eine methodenkritische Bestandsaufnahme des Systemvergleichs, und zwar sowohl hinsichtlich verschiedener theoretischer Ansätze wie auch in bezug auf Methoden des empirischen Systemvergleichs.

Einleitend stellte Prof. Dr. *Karl-Hans Hartwig*, Münster, „Forschungskonzeptionen des Systemvergleichs“ unter methodologischen Gesichtspunkten dar. Forschungsgegenstand und Methoden des Systemvergleichs seien heterogen. So erfolge Systemvergleich analytisch (funktionaler Vergleich), deskriptiv (Beschreibung verschiedener realer Wirtschaftssysteme) oder auch normativ (Ergebnisvergleich).

Ausgehend vom aktuellen Stand der methodologischen Diskussion in den Sozialwissenschaften behandelte Hartwig Weiterentwicklungen des kritischen Rationalismus (Popper / Albert), die „methodologische Anarchie“ (Feyerabend) und die positiv-normative Theorie (Friedman). Die Anwendung daraus ableitbarer wissenschaftstheoretischer Standards aus systemvergleichende Ansätze exemplifizierte der Referent unter anderem am Transaktionskostenansatz.

Werde als Aufgabe der Wissenschaft die Erklärung und Vorhersage realer Vorgänge angesehen, könne – so Hartwig – methodologisch kein ausgezeichnetes Verfahren der Wissenschaft hergeleitet werden. In einem „methodologischen Negativkatalog“ ließen sich jedoch folgende Punkte auflisten:

- Wissenschaftliche Erkenntnisse bleiben immer vorläufig und unvollständig, weil nie alle relevanten Daten erfaßt werden können und die Voraussetzungen nie vollständig erfüllt werden.
- Wissenschaftliche Aussagen sind immer nur im „Aussagenverbund“ (Systemzusammenhang) gültig.
- Theorie setzt stets auch die Verwendung letztlich unbegründbarer Normen voraus.
- Idealisierungen dürfen nicht direkt zur Erklärung konkreter realer Phänomene herangezogen werden.

Prof. Dr. *Hans-Jürgen Wagener*, Groningen, problematisierte in seinem Beitrag den Systemvergleich als gesamtwirtschaftlichen Leistungsvergleich. Gelte als oberstes Vergleichskriterium das verfügbare Sozialprodukt, so müsse gefragt werden, welche Faktoren seine Entstehung beeinflussen (deskriptiver Vergleich) und wie diese Faktoren zusammenwirkten (Funktionsanalyse). Dabei ergebe sich das schwerwiegende Problem der Selektion relevanter Erklärungsfaktoren und Problemstellungen. Letztlich nur normativ zu lösen sei die Bewertung der wirtschaftlichen Leistungen und deren Aggregation.

Seinen Ausführungen zu Begriff und Bedeutung des Wirtschaftssystems stellte der Referent einen dogmengeschichtlichen Rückblick voran, der von der klassischen Lehre über die neoklassische Institutionenabstinenz und die neo-österreichische Tradition bis hin zu neuesten Entwicklungen (Montias, Koopmans) reichte.

Die praktische Relevanz des Systemvergleichs – hier im Sinne einer rationalen Gestaltung von Wirtschaftssystemen (Ordnungspolitik) verstanden – ist nach Auffassung Wageners enttäuschend gering, weil beim gegenwärtigen Erkenntnisstand keine genauen Leistungsvergleiche möglich und die Folgen konkreter ordnungspolitischer Maßnahmen nicht hinreichend exakt vorherzusagen seien.

In seinem Beitrag „Methoden in der quantitativen systemvergleichenden Forschung“ untersuchte Univ.-Doz. Dr. *Gerhard Fink*, Wien, spezifische Probleme der Statistikanwendung im internationalen Systemvergleich. Zu den bei internationalen Vergleichen stets vorhandenen Klassifikations- und Abgrenzungsproblemen träten bei Ost-West-Vergleichen systembedingte Schwierigkeiten hinzu, die teils aus den unterschiedlichen Preissystemen resultierten – Rückschluß von aggregierten Wertgrößen auf Gütermengen –, teils auf eine ideologisch begründete andersartige Erfassung statistischer Tatbestände zurückzuführen seien, beispielsweise die Nichtberücksichtigung von Dienstleistungen in der Volkseinkommensrechnung nach dem MPS (Material Product System). Besonders stark eingeschränkt sei die Aussagekraft der Außenhandelsstatistik. Diese liege an der Spaltung der Güterpreise in Binnenpreise und Außenhandelspreise innerhalb der meisten planwirtschaftlich geordneten Länder sowie an deren inkomvertiblen Währungen (Wechselkursproblem).

Lücken in der statistischen Erfassung beruhten selbstverständlich auch auf divergierenden Erkenntniszielen, auf Geheimhaltungsgründen oder schlichtweg auf Inkompetenz.

Aus diesen Schwierigkeiten dürfte jedoch nicht ein völliger Verzicht auf empirische Forschung im Systemvergleich abgeleitet werden. Vielmehr müsse der Wirtschaftsforscher versuchen, für seinen jeweiligen Untersuchungszweck die statistische Vergleichbarkeit in dem relevanten Teilbereich herzustellen. Dazu stünden ihm verschiedene Hilfsverfahren zur Verfügung, vor allem saldenmechanische Betrachtungen. Plausibilitätsüberlegungen und Analogieschlüsse seien dagegen nur äußerst sparsam anzuwenden, weil theoretisches Vorverständnis und unzulässige Übertragungen systemgebundener Gesetzmäßigkeiten leicht zu Fehlurteilen verleiteten.

Nach Auffassung von Dr. *Jiří Sláma*, München, werden die Möglichkeiten der empirischen Forschung bislang nur unzureichend für den Systemvergleich genutzt. Erkenntniserweiternd könnten neue Informationsquellen durch die Verwendung spezifischer Kennziffern als Indikatoren komplexer Größen erschlossen werden; so könne der „Kilogramm-Preis“ – bei entsprechend sorgfältiger Verfahrensweise – als Indikator der Wettbewerbsfähigkeit dienen; die Zahl der Patentanmeldungen vermöge näherungsweise Aufschluß über die komparative wissenschaftlich-technische Leistung einer Volkswirtschaft zu geben.

Die Formulierung empirisch gehaltvoller Hypothesen erläuterte der Referent an den konkreten Problemstellungen Innovationen und Umweltschutz im Systemvergleich. An diesen beiden Beispielen verdeutlichte Dr. Sláma abschließend Fragen der empirischen Überprüfung von Hypothesen über das Verhalten von Wirtschaftssystemen.

Die Beiträge werden im Laufe des Jahres 1987 in einem Band der Schriftenreihe der Gesellschaft publiziert.

Prof. Dr. Alfred Schüller, Marburg